

BUNDESRAT

Stenografischer Bericht

982. Sitzung

Berlin, Freitag, den 8. November 2019

Inhalt :

ihr Geld, als es bei den staatlichen Hilfen nun einmal der Fall war.

Und was jedes Mal eine große Aktion bedeutet: Immer gehen dem komplizierte Vorbereitungs-, Finanzierungs- und Abwicklungsfragen voraus.

Auch ein wichtiger Punkt ist: Ad-hoc-Hilfen steuerlicher Art werden von der Gesellschaft sehr kritisch beäugt. Deswegen sollte die Verantwortung zumindest mit unseren Landwirten geteilt werden.

Die Förderung einer solchen Mehrgefahrenversicherung stellt aus unserer Sicht eine typische Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern dar und sollte über die Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz finanziert werden. Schließlich erfordert die Einführung einer solchen Versicherung erhebliche Mittel, die die Länder allein oft kaum aufbringen können.

Wir fordern daher die Bundesregierung und den Bundestag auf, erstens die erforderlichen zusätzlichen Mittel für die Unterstützung von Mehrgefahrenversicherungen bereitzustellen. Wir haben eben sehr eindrucksvoll vor Augen geführt bekommen, dass es Mitgliedstaaten der Europäischen Union gibt, die mit Sicherheit keinen so gut ausgestatteten Staatshaushalt vorfinden und trotzdem ihren Landwirten zur Seite stehen.

Zweitens fordern wir, die Voraussetzungen zu schaffen, damit diese Mittel über die Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz zeitnah bereitgestellt werden können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, gerade mit Blick auf die laufenden Beratungen zur Begegnung des Klimawandels wäre eine Beteiligung des Bundes ein wichtiges und starkes Signal. Konkret schlage ich heute einen Fördersatz von insgesamt 50 Prozent der Versicherungsprämie vor, wobei der Bund 30 Prozent und die Bundesländer jeweils 20 Prozent übernehmen.

Ebenso begrüße ich es, dass die Bundesregierung die Senkung der Versicherungssteuer für das Dürreerisiko auf 0,03 Prozent der Versicherungssumme bereits zugesagt hat. Hier gilt mein ausdrücklicher Dank unserer Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner für ihren Einsatz.

Nun geht es darum, diese Steuersenkung rasch umzusetzen. Sie ist aber keinesfalls ausreichend, um den Landwirten ein effektives Risikomanagement zu ermöglichen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Landwirte in Deutschland stehen gegenwärtig massiv unter Druck. Denken Sie an die Düngeverordnung, die vielen offenen Fragen in der Nutztierhaltung, die stetig steigenden Anforderungen beim Umwelt-, Arten- und Klimaschutz! Wir dürfen

Amtierende Präsidentin Lucia Puttrich: Besten Dank!

Als Nächstes spricht Frau Staatsministerin Kaniber aus Bayern.

Michaela Kaniber (Bayern): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben es von meinen Vorrednern jetzt schon eindrucksvoll gehört: Das Dürrejahr 2018 hat uns beeindruckend vor Augen geführt, in welcher Rasanz sich der Klimawandel fortbewegt. Es zeichnet sich leider ab, dass unsere Landwirte in ganz Deutschland dieses Wandels nicht mehr Herr werden, denn er ist kaum beherrschbar.

Gleichzeitig sehen wir sehr deutlich, dass wir gegenwärtig kaum Instrumente der Versicherungswirtschaft haben, die finanzierbar wären. Witterungsbedingte Ertragsschäden wie Trockenheit und Dürre treten nun einmal großflächig auf. Die Versicherungsprämien sind viel zu teuer und somit für unsere Landwirte in Gänze kaum leistbar.

Ich begrüße es daher sehr, dass wir uns auf der letzten Agrarministerkonferenz klar dafür ausgesprochen haben, die Einführung von Mehrgefahrenversicherungen staatlicherseits zu fördern. Damit leiten wir ein grundsätzliches Umdenken ein: weg von komplizierten Ad-hoc-Hilfen des Staates, hin zu mehr Eigenverantwortung und verlässlichen Instrumenten, auf die sich jeder Landwirt einstellen kann. Das hat den Vorteil, dass die Landwirte ihre Risiken selbstbestimmt absichern können. Zudem verfügen die Versicherer über ein gut eingeführtes System der Schadensregulierung. Über die Versicherungsabwicklung bekommen unsere Landwirte schneller

unsere Landwirte bei all diesen Herausforderungen auf keinen Fall alleinlassen. Es kann auch nicht sein, dass wir jeden Tag noch mehr Auflagen festschreiben, auf der anderen Seite aber keine Unterstützung anbieten.

Es wäre wichtig, dass von der heutigen Bundesratssitzung das Signal der Mehrgefahrenversicherung ausgehen kann. Risikomanagement ist ein deutlicher Schritt nach vorne. Daher bitte ich Sie um Ihre Unterstützung der staatlichen Förderung von Mehrgefahrenversicherungen sowie ihre Finanzierung im Rahmen der GAK. – Vielen Dank.

Amtierende Präsidentin Lucia Puttrich: Besten Dank!